

8. März 2012

Redaktionen Politik-Inland und Aktuelles

PRESSEMITTEILUNG

Zentralrat fordert von Sachsens Innenminister Ulbig neue Ermittlungen zu dem Brandanschlag auf das Haus einer Sinti-Familie in Klingenhain an Weihnachten 2009

In einem Schreiben an Sachsens Innenminister, Markus Ulbig, bat der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, heute die sächsischen Behörden, weitergehende Ermittlungen wegen des Brandanschlags auf eine Sinti-Familie in Klingenhain an Weihnachten 2009 einzuleiten, damit die Täter dingfest gemacht und zur Verantwortung gezogen werden. Darüber hinaus müsse jetzt in der Gesellschaft mit Nachdruck deutlich gemacht werden, wie verachtenswert solche Übergriffe sind gegenüber einer Minderheit, deren Angehörige Opfer des Völkermordes durch die Nationalsozialisten waren, schrieb Rose.

Bei dem Anschlag war das Haus der Familie mit Kindern, die sich zu dem Zeitpunkt nicht dort befand, völlig ausgebrannt und die Familie hat aufgrund vielfältiger, schon vorausgegangener Anfeindungen zwischenzeitlich den Ort verlassen. Das Ermittlungsverfahren wurde inzwischen ohne Ergebnis eingestellt.

Minister Ulbig habe noch mit Schreiben vom 11. März 2010 dem Zentralrat mitgeteilt, dass er unter Beteiligung der „Sonderkommission Rechtsextremismus“ des Landeskriminalamtes Sachsen alle Möglichkeiten ausschöpfen wolle, um die Täter zu ermitteln. Danach erhielt der Zentralrat keine Nachricht mehr.

Alle bekannten Umstände sprachen schon damals dafür, dass rassistische Motive zugrunde lagen und die Täter aus der rechtsextremistischen Szene stammen. Die Familie und insbesondere auch deren Kinder waren in dem Ort schon vor der Tat Opfer rassistischer Beschimpfungen und Feindseligkeiten geworden, die auch zu polizeilichen Ermittlungsverfahren geführt hatten. Stattdessen seien nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom Wochenende offenbar sogar die Familienangehörigen selbst unter Verdacht gestellt worden, während wichtige Ermittlungsansätze (z.B. Angaben der Feuerwehr) nicht verfolgt worden seien.

„Uns bereitet diese Entwicklung und die beschriebene Situation, dass die Familie de facto erfolgreich mit Gewalt aus dem Ort getrieben wurde, größte Sorge“, schrieb der Zentralratsvorsitzende an Innenminister Ulbig.

Arnold Roßberg

Wiss. Mitarbeiter

zentralrat@sintiundroma.de